STADT | TORNESCH

Niederschrift

Gremium:	Ratsversammlung		
Sitzungsnummer:	**RAT 17/16**	**Sitzungsdatum:**	**12.12.2017**
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	20:30 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Peter Daniel - SPD Tornesch

Gremienmitglieder

Herr Henry Braun - CDU Tornesch	Ratsherr
Frau Dr. Susanne Dohrn - SPD Tornesch	Ratsfrau
Herr Manfred Fäcke - SPD Tornesch	Ratsherr
Frau Verena Fischer-Neumann - SPD Tornesch	Ratsfrau
Herr Ingo Früchtenicht - SPD Tornesch	2. stellvertr. BV
Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Hans-Jürgen Jeschke - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Horst Lichte - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Friedrich Meyer-Hildebrand - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Bernd Michaelsen - FDP Tornesch	Ratsherr
Herr Manfred Mörker - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Andreas Quast - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Christopher Radon - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Lasse Ramson - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Artur Rieck - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Peter Schley - SPD Tornesch	Ratsherr
Herr Kai Schmidt - CDU Tornesch	Ratsherr
Frau Silke Sörensen - CDU Tornesch	Ratsfrau
Herr Henry Stümer - CDU Tornesch	Ratsherr
Herr Gunnar Werner - FDP Tornesch	Ratsherr

Verwaltung

Herr Roland Krügel - Bgm. Tornesch	Bürgermeister
Frau Marion Grün - Verwaltung Tornesch	Amtsleiterin
Frau Sabine Kählert - Verwaltung Tornesch	Amtsleiterin
Herr Torsten Kopper - Verwaltung Tornesch	Amtsleiter
Frau Inga Pleines - VHS Tornesch-Uetersen	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Jörg-Andreas Rechter - Verwaltung	Fachdienstleiter

Tornesch

Frau Inga Ries - Verwaltung Tornesch	Protokollführerin	
Frau Angelika Timm - Verwaltung Tornesch	Empfang	

Entschuldigte Mitglieder

Gremienmitglieder

Herr Howe Heitmann - CDU Tornesch	Ratsherr	entschuldigt
Frau Heide-Marie Plambeck - CDU Tornesch	1. stellvertr. BV	entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2017	
4	Bericht des Bürgermeisters IV/2017	VO/17/261
5	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/17/263
5.1	Umbesetzung von Ausschüssen	VO/17/264
6	Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen	VO/17/262
7	Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	VO/17/259
8	Umstrukturierung des AZV Pinneberg / azv Südholstein Beschlussfassung zu einem öffentlichen-rechtlichen Vertrag und einer Vereinbarung zu einer neuen Verbandssatzung	VO/17/253
9	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan der Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT für das Wirtschaftsjahr 2018	VO/17/229
10	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan der Grundstücksgesellschaft Sportpark Tornesch GGS für das Wirtschaftsjahr 2018	VO/17/235
11	Erlass einer 15. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung)	VO/17/248
12	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan des Abwasserbetriebs der Stadt Tornesch (ABT) für das Wirtschaftsjahr 2018	VO/17/249
12.1	Beratung über den Entwurf des doppischen Haushaltes 2018 der Stadt Tornesch (Ergebnis- und Finanzplan)	VO/17/237-1
Nicht öffentlicher Teil		
13	Bericht der Verwaltung	
14	Trägervertrag mit dem DRK nach Rückübertragung des im Erbbaurecht ausgegebenen Grundstücks und der sanierten Kindertagesstätte; Redaktionelle Änderungen aufgrund des Beschlusses der Ratsversammlung am 15.03.2016	VO/17/244

15	Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	VO/17/224

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:
Die vorgeschlagene Tagesordnung wird beschlossen. Außerdem wird beschlossen, die Tagesordnungspunkte 13 und 14 in nichtnichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:
BV Daniel eröffnet um 19.30 Uhr die heutige Sitzung der Ratsversammlung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Auf seine Nachfrage beantragt Bgm. Krügel die geplanten Tagesordnungspunkte 4 und 17 „Anfragen von Ratsmitgliedern“ und auch den TOP 8 „Änderung der Straßenbaubeitragssatzung“ von der TO zu nehmen. Über die so geänderte Tagesordnung lässt BV Daniel abstimmen.

TOP 2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:
Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.10.2017

Beschluss:
Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 10.10.2017 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf: ohne

TOP 4	Bericht des Bürgermeisters IV/2017

Beratungsverlauf:

Es gibt keinen Erläuterungsbedarf zu dem schriftlich vorliegenden Bericht des Bürgermeisters.

TOP 5	Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung Tornesch entsendet Herrn Harald Meyer, Ahrenloher Str. 120, 25436 Tornesch in den Verbandsausschuss des Wasserverbandes Pinnau – Bilsbek – Gronau für die Dauer der Wahlzeit der Ratsversammlung,

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Meyer rückt für Herrn Joachim Hatje in den Verbandsausschuss nach. Herr Hatje wurde in den Vorstand gewählt und schied somit aus dem Ausschuss aus.

TOP 5.1	Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt auf Antrag der FDP-Fraktion nachstehende Ausschussumbesetzungen:

- **Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport, Kultur und Bildungswesen:**
  2. Vertreter: bgl.M. Dennis Simon statt bgl. Mitglied Martina Helk

- **Umweltausschuss:**
  1. Vertreter: bgl.M. Karlheinz Böhmke statt bgl.M. Sven Baumgart
  Vertreter: bgl.M. Lennart Schütt statt bgl.M. Karlheinz Böhmke

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Die Wahl erfolgt einstimmig. Nach der Wahl wird Herr Simon vom Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Sport, Soziales, Kultur und Bildungswesen, RH Lichte, und Herr Schütt vom Vorsitzenden des Umweltausschusses, RH Ingo Früchtenicht, per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und sie führen Herrn Simon und Herrn Schütt in ihre Ämter ein.

TOP 6	Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Beratungsverlauf:
Die Ratsversammlung nimmt von dem Spendenbericht Kenntnis. Beratungsbedarf hierzu gibt es nicht.

TOP 7	Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt:

An den
Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Daniel Günther, MdL,

An den
Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Herrn Hans-Joachim Grote,

An die
Ministerin für Finanzen, Frau Monika Heinold,

An den
Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herrn Tobias Koch, MdL,

An den
Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herrn Wolfgang Kubicki, MdL, MdB,

An die
Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90 / die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Frau Eka von Kalben, MdL,

Resolution

der Ratsversammlung der Stadt Tornesch zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

In Erfüllung einer Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht, der statt der bisherigen Pflicht zur Beitragserhebung es den Kommunen künftig freistellen soll, Straßenausbaubeiträge zu erheben.

Die Erhebung dieser Anliegerbeiträge ist für viele Städte und Gemeinden in unserem Land zur Finanzierung dieser Maßnahmen unerlässlich, auch die Stadt Tornesch kann aufgrund ihrer Haushaltslage hierauf nicht verzichten.

Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch ist sich dabei bewusst, dass die Erhebung dieser Beiträge für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche Belastung darstellt, jedoch können die für den Straßenausbau erforderlichen Investitionen aus Steuererträgen unserer Stadt und den Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleiches allein nicht aufgebracht werden.
.
Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion erwarten die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nun zu Recht von ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern Antworten auf die Frage, ob auch unsere Kommune von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und künftig auf die Erhebung von Anliegerbeiträgen verzichten wird.

Aus den dargestellten Gründen und aus unserer Verantwortung für die Zukunft und Eigenständigkeit unserer Stadt können wir von der durch diesen Gesetzentwurf eingeräumten Wahlmöglichkeit nur dann Gebrauch machen, wenn es für die Abschaffung von Anliegerbeiträgen einen finanziellen Ausgleich aus Mitteln des Landes gibt, der diese vollständig kompensiert. Ohne einen finanziellen Ausgleich der Einnahmeausfälle haben wir keine Wahlfreiheit. Dies wird zu verständlichem Unmut in der Bevölkerung führen und könnte populistische Kräfte im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl auch dazu verleiten, leichtfertige Versprechungen zu machen, für die anschließend teuer bezahlt werden muss.

Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch teilt daher ausdrücklich die Forderung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages und des Städteverbandes Schleswig-Holstein nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbauchbeiträgen durch das Land.

Die Ratsversammlung der Stadt Tornesch fordert die regierungstragenden Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag sowie die Landesregierung auf, im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende Kompensationsregelung zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und zeitgleich mit der Wahlmöglichkeit zur Erhebung von Ausbaubeiträgen in Kraft treten zu lassen.

In Namen der SPD-Fraktion:,
Manfred Fäcke

Abstimmungsergebnis:		
14 Ja-Stimmen	**7 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

RH Fäcke erläutert den Antrag seiner Fraktion. Noch ist das Gesetz im Anhörungsverfahren. Es fehlt jedoch jegliche Kompensation. Der „schwarze Peter“ für die Erhebung oder auch Nichterhebung wird somit in die Rathäuser verlagert. Nicht jede Kommune ist finanziell so gut aufgestellt, dass sie Straßenausbauten aus allgemeinen Steuermitteln finanzieren könnte. Das führt zu Unmut bei den Beitragszahlern, denen man dies kaum erklären könnte. Die SPD ist grundsätzlich für die Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, fordert jedoch eine Kompensation, um diese Wahlfreiheit auch finanzieren zu können. RH Fäcke hofft auf eine einstimmige Unterstützung der Ratsversammlung zu dieser Resolution.

RH Radon bezeichnet die Ausführungen als Populismus. Das Änderungsgesetz beinhaltet kein Verbot zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und es betrifft auch nur kommunale

Straßenausbauten. Ob eine Erhebung stattfindet oder auch nicht sollte jede Kommune aufgrund der örtlichen Gegebenheiten selbst entscheiden. Eine Nichterhebung wird kein Prüfungsmerkmal für die Haushaltsgenehmigung werden. Die Nichterhebung soll auch nicht zu erhöhten Umlagen führen. Für die Beitragszahler schafft die geplante Verrentung des Straßenausbeitrages eine Erleichterung. Außerdem sollen aus der geplanten Neuordnung des Finanzausgleiches Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Aus all diesen Gründen stimmt die CDU-Fraktion der Resolution nicht zu. RH Werner stellt zu den Ausführungen von RH Radon noch die Frage, wie die Zuweisung des Landes denn gerecht aussehen soll. Die FDP-Fraktion wird der Resolution zustimmen.

TOP 8	Umstrukturierung des AZV Pinneberg / azv Südholstein Beschlussfassung zu einem öffentlichen-rechtlichen Vertrag und einer Vereinbarung zu einer neuen Verbandssatzung

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung beschließt den Abschluss des der Vorlage anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Regelung des Aufgabenbestandes des Abwasserzweckverbandes Pinneberg.

2. Die Ratsversammlung beschließt die Vereinbarung einer neuen Verbandssatzung gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Die Hauptausschussvorsitzende, RF Fischer-Neumann, berichtet, dass der AZV Pinneberg aus Rechtssicherheitsgründen für die Aufgabenerledigung den neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag und die neue Verbandssatzung benötigt. Das Kommunalunternehmen azv Südholstein wird aufgelöst. Der Hauptausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt.

TOP 9	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan der Grundstücksgesellschaft Tornesch GGT für das Wirtschaftsjahr 2018

Beschluss:

Der von der GGT für das Wirtschaftsjahr 2018 vorgelegte Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) wird mit folgenden Beträgen festgestellt:
Im Ergebnisplan werden die Erträge mit 797.100 Euro und die Aufwendungen mit 794.600 Euro festgestellt. Es wird ein Jahresgewinn von 2.500 Euro erwartet. Im Finanzplan werden die Einzahlungen mit 888.100 Euro sowie die Auszahlungen mit 989.500 Euro festgestellt. Der Gesamtbetrag der Kredite beträgt 0 Euro. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 5.000.000 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, RH Quast, berichtet, dass der Wirtschaftsplan der GGT am 15.11.2017 im Finanzausschuss beraten wurde. Der Haushalt schließt mit einem kleinen Gewinn im Ergebnisplan ab. Der Finanzausschuss hat dem Wirtschaftsplan einstimmig zugestimmt. Er bittet die Ratsversammlung, dies ebenfalls zu tun.

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan der Grundstücksgesellschaft Sportpark Tornesch GGS für das Wirtschaftsjahr 2018

Beschluss:

Der von der GGS für das Wirtschaftsjahr 2018 vorgelegte Haushaltsplan wird mit folgenden Beträgen festgestellt:
Im Ergebnisplan werden die Erträge mit 195.600 Euro und die Aufwendungen mit 195.200 Euro festgestellt. Es wird ein Jahresgewinn von 400 Euro erwartet. Im Finanzplan werden die Einzahlungen mit 209.400 Euro sowie die Auszahlungen mit 224.600 Euro festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000 Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
19 Ja-Stimmen	**2 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Auch dieser Wirtschaftsplan wurde am 15.11.2017 im Finanzausschuss beraten und mehrheitlich zugestimmt, so RH Quast. RH Fäcke hofft, dass die geplanten Zahlen der Wirklichkeit entsprechen mögen. Die FDP-Fraktion wird aus bekannten Gründen (sie bevorzugten ein Genossenschaftsmodell) dem Wirtschaftsplan der GGS nicht zustimmen.

TOP 11	Erlass einer 15. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung)

Beschluss:

"1. Die der Vorlage anliegende 15. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Tornesch (Beitrags- und Gebührensatzung) vom 08.12.1999 wird beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung auszufertigen und öffentlich bekannt zu machen.

2. Die Satzung tritt am 01. Januar 2018 in Kraft."

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

RH Quast berichtet, dass die K + W Wirtschaftsberatung GmbH eine Vor- und Nachkalkulation der Niederschlagswassergebühr und der Schmutzwassergebühr vorgenommen hat. Die Schmutzwassergebühr muss von 2,23 €/m³ auf 2,35 €/m³ erhöht werden, die Niederschlagswassergebühr ist auskömmlich. Hintergrund für die Anhebung der Schmutzwassergebühr sind erhöhte Aufwandskosten, mit denen in 2018 zu rechnen ist. Der Finanzausschuss hat diese Gebührenkalkulation am 06.12.2017 beraten und einstimmig beschlossen.
RH Rieck bescheinigt, dass die Kalkulation klar und deutlich durchgeführt wurde. Gewinne erzielt der Abwasserbetrieb nicht. Eine evtl. Überdeckung ist innerhalb von drei Jahren dem Wirtschaftsplan zuzuführen.

TOP 12	Beratung und Beschlussfassung über den doppischen Haushaltsplan des Abwasserbetriebs der Stadt Tornesch (ABT) für das Wirtschaftsjahr 2018

Beschluss:

Der vom Abwasserbetrieb für das Wirtschaftsjahr 2018 vorgelegte Haushaltsplan (Wirtschaftsplan) wird mit folgenden Beträgen festgestellt:

Der Ergebnisplan schließt bei den Erträgen und bei den Aufwendungen mit jeweils 3.950.100,00 € ab. Der Finanzplan schließt bei den Einzahlungen und bei den Auszahlungen mit jeweils 6.276.100,00 € ab. Der Gesamtbedarf der Kredite wird auf 2.639.300,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 700.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:		
21 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Die Beratung hierüber erfolgte ebenfalls am 06.12.2017 im Finanzausschuss. RH Quast bittet auch hier die Ratsversammlung um Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2018 des Abwasserbetriebes.

TOP 12.1	Beratung über den Entwurf des doppischen Haushaltes 2018 der Stadt Tornesch (Ergebnis- und Finanzplan)

Beschluss:

Die Ratsversammlung beschließt, auf Empfehlung des Finanzausschusses, wie folgt:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	25.652.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	28.939.500	EUR
einem Jahresfehlbetrag von	3.287.500	EUR

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	25.183.700	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	27.790.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	1.434.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	2.205.800	EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	931.300	EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	480.000	EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	16.000.000	EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	118,75	Stellen

§ 3

1. Nach § 20 Abs.1 GemHVO-Doppik werden Teilpläne (Produkte) zu Budgets verbunden. Die Budgets sind der Satzung als Anlage beigefügt.

2. Gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind die Aufwendungen und die dazugehörigen Auszahlungen eines Budgets mit Ausnahme der Verfügungsmittel, der internen Leistungsverrechnungen, der Abschreibungen und der Zuführung zu den Rückstellungen und Rücklagen gegenseitig deckungsfähig.

3. Gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO-Doppik sind Aufwendungen, die zu einem Budget gehören, und die dazugehörigen Auszahlungen, mit Ausnahme der in § 3 Abs.2 Satz 1 genannten Aufwendungen, übertragbar.

Abstimmungsergebnis:		
14 Ja-Stimmen	**6 Nein-Stimmen**	**1 Enthaltung**

Beratungsverlauf:

Der Finanzausschussvorsitzende, RH Quast berichtet, dass der Haushalt der Stadt am 15. und 22.11. und final am 06.12.2017 im Fachausschuss beraten wurde. Der Haushalt wurde mehrheitlich empfohlen. Die CDU hat sich enthalten, um nochmal mit der Fraktion zu beraten. Es wurden Änderungsanträge von der FDP mit 3 Punkten und von der SPD mit 6 Punkten eingebracht, über die einzeln abgestimmt wurde. Der Entwurf schließt mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt in Höhe von 3.287.500 € ab.

RH Rieck berichtet über den Änderungsantrag der SPD. Für die Feuerwehr wurde ein Budget in Höhe von 400.000 € (ohne Abschreibungen und internen Leistungsverrechnungen sowie größere Investitionen) für die nächsten Jahre festgelegt.
Der Umbau der Lise-Meitner-Alle wurde mit einem Sperrvermerkt mit Freigabe durch den Bauausschuss nach Vorlage des Verkehrsgutachten belegt.
Statt 20.000 € für Gutachten für die Stadtbahn Tornesch – Uetersen, die die SPD strikt ablehnt, und für ein Gutachten für ein 3. Gleis im Bereich Denkmalstraße bis Koppeldamm, für die die SPD keine Zuständigkeit sieht, hat sie beschlussmäßig mehrheitlich durchgesetzt, dass die Mittel für ein Gutachten, abgeleitet aus dem VEP, zur Verbesserung der Fahrradwege verwendet werden sollen. Und letztendlich wurde einstimmig beschlossen, dass die neuen Stellen im Stellenplan mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Freigabe soll durch den Hauptausschuss erfolgen. Die Untersuchungsergebnisse der KUBUS GmbH zur Haushaltskonsolidierung sollen zunächst abgewartet werden.

RH Rieck erläutert weiter, dass das Minus im Haushalt im Wesentlichen durch einen Gewerbesteuereinbruch, auf den die Stadt Tornesch keinen Einfluss hat und durch erhöhte Finanzausgleichsumlagen zustande gekommen ist. Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014 stellt mit ihrer Eigenkapitalquote die Stadt auf eine solide Finanzgrundlage. Die Infrastruktur ist gut, diese gilt es zu erhalten. Die Hochbauten befinden sich auf einem hohen Niveau. Aufholbedarf gibt es jedoch bei der Straßen- und Wegeunterhaltung, bei der in den letzten Jahren gespart worden ist. Strukturell ist die Stadt Tornesch gut aufgestellt und man hofft auf Einsparungsvorschläge aus der KUBUS-Untersuchung. Die Haushaltsberatungen verliefen überwiegend interfraktionell übereinstimmend.
Die SPD wird diesem Haushaltsentwurf zustimmen.

RH Werner sagt, dass die im Finanzausschuss beschlossenen Haushaltsbegleitbeschlüsse nochmals in der Ratsversammlung bestätigt werden müssen. BV Daniel entgegnet, dass diese in den Haushaltsbeschluss mit einfließen. Ansonsten wird die FDP-Fraktion dem Haushalt zustimmen. Auch sie hofft auf die Ergebnisse aus der KUBUS-Untersuchung. Daher hat sie heute keine eigenen Einsparungsvorschläge gemacht.

RH Radon nimmt für die CDU-Fraktion Stellung zum Haushalt. Sie hat teilweise den Änderungsanträgen von FDP und SPD zugestimmt. Trotzdem ist es kein guter Haushalt. Die KUBUS- Untersuchung ist der richtige Weg. Jedoch hält sie die Anhebung der Realsteuerhebesätze vom letzten Jahr nach wie vor für falsch. Die CDU möchte diese Anhebung der Steuern heute nicht mit der Zustimmung zum Haushalt legitimieren. Deshalb wird die Fraktion den Haushalt ablehnen. Die Nichtbereitstellung der 20.000 € für die Untersuchungen für den Schienenverkehr hält RH Radon für kleinlich. Man hätte diese Summe mit einem Sperrvermerk versehen und an den Umweltausschuss verweisen können.

Bgm. Krügel äußert zu den Hebesätzen, dass diese in einer Hebesatzsatzung verankert sind, und diese heute nicht zur Beratung und Beschlussfassung anstehen.

Nach weiterer Diskussion lässt BV Daniel abstimmen.

Nach der Abstimmung beginnt der nichtöffentliche Teil der Sitzung. BV Daniel verabschiedet die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Nachdem diese den Sitzungssaal verlassen haben wird mit der Sitzung fortgefahren.

Tornesch, den 21.03.2018

Peter Daniel Vorsitzende(r)	Inga Ries Protokollführer(in)